

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Galgenfeld: Gewerbegebiete um jeden Preis?

Wo bleibt die städtische Gesamtplanung?

Mitte Juli fand eine nicht-öffentliche Klausurtagung des Gemeinderats zum Thema „Arbeiten und Wohnen“ statt. Alle Fraktionen und die Stadtspitze hatten den **LINKEN-Antrag**, dieses Zukunftsthema öffentlich zu verhandeln und wichtige Initiativen einzuladen, abgelehnt.

Ohne Absprache mit den Fraktionen hatte die Stadt die Suche nach Gewerbegebieten eingeschränkt auf die Kernstadt: Ergenzingen, Seebromm, Hailfingen usw. blieben ausgeklammert. Ein Gesamtblick auf Rottenburgs Entwicklung fand nicht statt.

Ein „spezialisiertes Büro“ hatte drei Gebiete untersucht, von denen das Galgenfeld links der Bundesstraße zwischen Kernstadt und Kiebingen mehrheitlich Unterstützung fand, weil es 30 ha groß und das Gelände eben ist. Dies ist allerdings ein unverbindliches Meinungsbild und keine „Entscheidung“, wie HGV-Vorstand Jochen Friedrich behauptet.

Alle Bedenken beseitigt?

Bei der Ansiedlung des Anima-

Projekts (ehemals Gartenbetrieb Nesch unterhalb des Rammerts) hieß es noch, die Umwelt dürfe nicht belastet werden, das Projekt sei kein „Einstieg“ in eine Besiedlung des Gebiets. Jetzt konnte das Gewerbegebiet gar nicht groß genug sein. Hinweg gewischt wurden Bedenken, dass das Galgenfeld im Regionalplan aus Gründen des Naturschutzes mit großen Einschränkun-



Galgenfeld südlich der Einmündung der Osttangente

gen belegt ist und eine Veränderung des Regionalplans Jahre dauert.

Mehrfach hatte die Stadt versprochen, bis Juli zu klären, ob sie nach jahrelangem Suchen endlich einen Investor für das (Rest-)Gewerbegebiet auf dem **DHL-Gelände** gefunden hat. Schon 2009 wurde dem Gemeinderat der millionenschwere Kaufbeschluss mit der

Aussage abgekauft, innerhalb eines halben Jahres wäre das Gelände wegen der hohen Nachfrage verkauft. **Allerdings hatte die Stadt vorher nicht geprüft, ob ihre Ideen mit dem Regionalplan überhaupt verträglich sind, so dass das Regierungspräsidium seine Zustimmung nur unter hohen Auflagen gab.**

Nachfrage oder Angebot?

Jetzt heißt es: Die Stadt müsse dringend Gewerbegebiete (nur in der Kernstadt!) angebotsorientiert statt nachfrageorientiert vorhalten. D.h. die Stadt muss in der Lage sein, auch ohne dass Gewerbetreibende nach einem Standort fragen, einen Standort anbieten können. Mit der vagen Behauptung,

man müsse Gewerbegebiet auf bloßen Verdacht hin „vorrätig“ haben, kann man jeden Naturschutz aushebeln. **Nie wurden von der Stadt in den letzten Jahren dringend benötigte preiswerte Mietwohnungen „angebotsorientiert“ vorgehalten, geschweige denn nachfrageorientiert gebaut!** Bis heute versteht niemand, warum das DHL-Gelände nicht insgesamt zum

Lesen Sie weiter:

Stuttgart 21 - Raus aus der Grube Seite 3

Geheime Nebenabsprachen zu Lasten der Kommunen Seite 4

Demo gegen CETA und TTIP in Stuttgart Seite 5

Das Märchen vom Bürgerkrieg Seite 6

Kinderarmut steigt an - Verlust unserer Zukunft Seite 7

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Wohngebiet mit sozialer Infrastruktur entwickelt wird, damit endlich einmal ein wichtiges Problem ansatzweise gelöst wird.

Einnahmen durch Gewerbesteuer erhöhen?

Was also soll der Streit um das Galgenfeld, der nur gegen massiven Widerstand aus Kiebingen und der Kernstadt und nach jahrelanger Prüfung im Regierungspräsidium zur Entscheidung kommt?

Der Kern ist der Irrglaube, die Stadt könne ihre Einnahmen nur durch weitere Einnahmen aus der Gewerbesteuer verbessern. Die Gewerbesteuer ist die wesentliche eigenständige Einnahmequelle einer Kommune (und deshalb im Grundgesetz festgeschrieben) und rich-

tet sich nach der Anzahl und Lohnhöhe der Beschäftigten in den Betrieben am Ort. Insofern schwankt ihre Höhe und ist von den kapitalistischen Konjunkturzyklen abhängig. Völlig unsinnig ist es, Investitionen in Kitas, Schulen und Wohnungsbau von dieser Steuer abhängig zu machen, wie es Jörg Bischof, der Bedenkenträger der Grünen im Gemeinderat, beständig tut. Denn erstens zahlen die Beschäftigten schon genug Lohn- und Mehrwertsteuer für die sozialen Einrichtungen. Zweitens erhalten die Kommunen über den Finanzausgleich vom Land pro Einwohner einen Kopfbetrag von ca. 1.000 Euro für solche Investitionen. Drittens müssen die Gemeindeanteile an diesen Steuerarten drastisch erhöht werden, damit die Investitionslücken im Ländle in Höhe von 27 Milliarden Euro end-

lich beseitigt werden können. Aber den Naturschutz gegen eine leistungsrechte Bezahlung der Erzieherinnen und den Wohnungsbau auszuspielen, ist eine Frechheit und geht gar nicht!

Wenn die Stadt neue Gewerbegebiete entwickeln will, dann muss es für die Gesamtstadt einschließlich ihrer Teilorte eine Gesamtplanung geben, damit alle in einem Konsens einbezogen werden.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Gäubahn: Gibt es noch eine Chance? Geschönte Bilanzen zu Lasten der Bahnkunden

Kürzlich hat die CDU-Landtagsfraktion in Berlin Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), Minister für Pech, Pleiten und Pannen, aufgesucht und eine überraschende Botschaft nach Stuttgart geschickt: Der Minister habe signalisiert, dass für die Heraufstufung des Gäubahn-Ausbaus in den „vordringlichen Bedarf“ gute Chancen bestünden.

CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart sprach gar von einem „Durchbruch der Verhandlungen“. Dieser sei erst jetzt möglich geworden, weil das Stuttgarter Verkehrsministerium von Winfried Herrmann (Grüne) sein Gutachten „deutlich zu spät“ vorgelegt habe. Reinhart „vergaß“, dass Dobrindt seinen Bundesverkehrswegeplan (gültig bis 2030) mit einer Verspätung von einem Jahr veröffentlichte!

Das ganze Gäubahn-Hickhack entpuppt sich als Schmierenskomödie auf dem Rücken der Berufspendler und Anlieger: **CDU und CSU wollen mit ihren Vorwürfen gegen die Grünen verschleiern, dass Berlin insgesamt für den Ausbau der Infrastruktur seit**

Jahren nicht genügend Geld zur Verfügung stellt.

Dies zeigt sich am Sanierungsprogramm „Zukunft Bahn“ von Nachbahnchef Grube. Nach einer Untersuchung von 2014 haben allein in Baden-Württemberg zwei Drittel der rund 3.000 Bahnbrücken große Schäden, etwa 100 sind abrisstauglich, bundesweit sind es 1.400 von ca. 25.000 Bahnbrücken. Bei den Tunnels im Land sind 28



Foto: N. Kern

der 176 Tunnel marode und müssen dringend saniert werden. Doch statt die nötigen Investitionen im Land anzupacken, werden sie immer wieder verschoben. Warum? Weil Bahnanlagen,

die komplett ersetzt werden müssen, vom Bund (also dem Steuerzahler) und nicht von der Bahn finanziert werden!

So kann man nicht nur seine Bilanzen schönen, sondern expandieren. Denn Ronald Pofalla, der ehemalige Chef des Bundeskanzleramtes, der als Grube-Nachfolger gehandelt wird, will die Bahn mit guten Bilanzen und Auslandsgeschäften an die Börse bringen. Deshalb ist Matthias Gastel (Grüne) auch sehr skeptisch über Reinharts „Durchbruch“: Wenn in der Bundestagsdebatte noch mehrere Forderungen nach jahrelang verschleppten Bahnprojekten auftauchen, reichen die „knappen Finanzierungsmittel“ wieder nicht aus.

Da hilft nur eins:

Weiter öffentlich Druck machen und mehr Mittel für die Investitionen fordern, finanziert durch eine Millionärssteuer!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Stuttgart 21

Raus aus der Grube – Umstieg 21

Das „bestgeplante“ Wahnsinnsprojekt Stuttgart 21 läuft immer mehr aus dem Ruder, fast täglich gibt es neue Hiobsbotschaften. Sämtliche Unzulänglichkeiten aufzuführen würde ein Buch füllen. Die Fertigstellung rückt in immer weitere Ferne und die Kosten explodieren. Selbst der Bundesrechnungshof spricht mittlerweile von 10 Milliarden. Bahn und Politik leugnen dies natürlich und wollen die Fakten einfach nicht wahrhaben. Sie halten an einem längst gescheiterten Projekt fest, in das ihrer Meinung nach schon zu viel investiert wurde, als dass ein Abbruch noch möglich wäre.

Nun haben sich in anerkennenswerter Weise Menschen des „Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21“ die Mühe gemacht, aus der gegenwärtigen Situation das Beste zu machen, und ein Alternativkonzept zu erarbeiten. Dieses ist aber keine Soll-Vorgabe, sondern lediglich ein Vorschlag, wie unter Einbeziehung der bisherigen Baumaßnahmen ein ertüchtigter und den modernen Gegebenheiten angepasster Kopfbahnhof entstehen kann, wobei darüber hinaus einige Milliarden an Kosten eingespart werden. Dieses Konzept mit dem Namen „Umstieg 21“, das relativ kurzfristig umgesetzt werden kann, soll nachfolgend in den wesentlichen Punkten kurz vorgestellt werden.

Erhalt und Ertüchtigung des Kopfbahnhofs:

Der Kopfbahnhof bleibt erhalten, die beiden abgerissenen Flügel werden großenteils wiederaufgebaut. In den Südflügel wird ein Parkhaus, eine Fahrradebene und ein Omnibusbahnhof integriert, der Nordflügel kann wie früher Hotels aufnehmen. Über den Bahnsteigen entsteht ein gläsernes Dach mit Solaranlage.

Städtebau:

Der Umstieg eröffnet auch städtebauliche Chancen, wie z. B. die Neugestaltung des Arnulf-Klett-Platzes vor dem Bahnhof. Auch der zerstörte Schlossgarten kann an alter Stelle wieder entstehen.

Neubaustrecke Wendlingen – Ulm: Obwohl nach wie vor umstritten, bringt

sie trotz ihrer extremen Steigung und einer miserablen Energiebilanz eine Fahrzeiterparnis von 25 Minuten im Personenverkehr. Deshalb kann sie in ein Alternativprojekt mit einbezogen werden. Für den Güterverkehr ist sie allerdings nicht geeignet.

S-Bahn-Ringschluss von den Fildern ins Neckartal:

Mit wenig Aufwand könnte ein S-Bahn-Ringschluss entstehen, indem zwischen Flughafen und Wendlingen eine neue S-Bahn-Strecke gebaut wird, die dort mit dem bestehenden S-Bahn-Netz



verbunden wird. Darüber hinaus könnte eine Express-S-Bahn in nur 20 Minuten vom Stuttgarter Hauptbahnhof zum Flughafen fahren. Die teure Flughafen-anbindung samt Fildertunnel würde entfallen.

Gäubahn:

Die Gäubahn bliebe erhalten und wird zur Stuttgarter Panoramabahn. Darüber hinaus dient sie weiterhin als Ausweichstrecke, falls es auf der innerstädtischen S-Bahn-Stammstrecke zu Störungen kommt.

Optimierung der Zulaufstrecken:

Auf den Zulaufstrecken vom Hauptbahnhof nach Bad Cannstatt sowie vom Hauptbahnhof nach Zuffenhausen wird jeweils ein fünftes und sechstes Gleis gebaut.

Verträge stehen Ausstieg bzw. Umstieg nicht entgegen:

Sie können gekündigt werden, wenn Rahmenbedingungen nicht eingehalten werden, denke man nur an Kosten, Zeitplan und Leistungsfähigkeit.

Lieber ein Ende ohne Schrecken als ein Schrecken ohne Ende

Der Stuttgarter OB Kuhns spricht zwar von der „Versöhnung der Stadtgesellschaft“, ein Versöhnungsversuch, der Stuttgart 21 zur bedingungslosen Prämisse macht, wird jedoch keine Chance

haben. Das zeigt der bisherige Verlauf des Prozesses bereits. Zu groß sind Schwächen und Widersprüche des Projekts, zu belastend die Eingriffe in die Stadt, die viel tiefer gehen und länger andauern als versprochen und immer bedrückender die Erkenntnis bei vielen, am Ende einen weniger effizienten Bahnhof mit vielen Sicherheitsmängeln zu bekommen. Mit dem hier vorgestellten Ansatz eines Umstiegs, der das Gegebene und Geschehene zum Ausgangspunkt nimmt und in eine andere Richtung weiterentwickelt, hat der Gedanke einer Versöhnung der Stadtgesellschaft aber eine realistische Chance.

Bisher hat es allerdings nicht den Anschein als wären die Verantwortlichen zu einem Umstieg zu bewegen. So fand im September in einer eilig zu diesem Zweck provisorisch hergestellten „Grube 16“ die Grundsteinlegung des Tiefbahnhofs statt. Neben dem Noch-Bahnchef Grube und zahlreichen Lobbyisten nahmen natürlich auch Vertreter von CDU, Wirtschaft und anderen S21-Interessengemeinschaften teil. Interessanterweise haben aber die Grünen Kretschmann, Kuhn und Hermann ihre Teilnahme abgesagt, womöglich plagt sie ihr schlechtes Gewissen.

Nur eines ist sicher:

Stuttgart 21 wird es in der bisher geplanten Form nicht mehr geben. Die Grundsteinlegung wird wohl eher zu einer „Grabsteinlegung“ und Bahnchef Grube wird selbst in die „Grube 16“ hineinfallen, die er uns allen gegraben hat.

Darüber sind wir natürlich nicht traurig, schließen uns dem Motto

„Raus aus der Grube“

an und wollen auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Geheime Nebenabsprachen der Landesregierung

Angriff auf die Kommunalfinanzen

Viele haben sich über die Sprechblasen im Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz gewundert. Bis die Blase platzte und herauskam, dass die neue Landesregierung mehrere geheime „Nebenabsprachen“ festgelegt hatte. Freilich wussten nicht ein-

mal die Fraktionsmitglieder, geschweige denn ihre Parteien oder die Kommunalverbände von den massiven Kürzungsprogrammen der Landesregierung. Sie sehen u.a. die Streichung von 5.000 Stellen (z.B. Uni-Kliniken, Verwaltung, Finanzen,

Polizei, Zoll) sowie eine Kürzung der Landeszuschüsse an die Kommunen um 400 Mio. Euro vor.

Dagegen schlägt DIE LINKE im Kreistag folgende Resolution vor:

Resolutionsvorschlag der *LINKE* im Kreistag Tübingen zu den Nebenabsprachen der Landesregierung

1. **Der Kreistag fordert von der Landesregierung** die Veröffentlichung aller die Kommunen betreffenden haushaltsrelevanten Nebenabsprachen einschließlich der so genannten „Giftliste“, deren Existenz Ministerpräsident Kretschmann bereits zugegeben hat und die wesentliche Kürzungen bei Kommunen und Landkreisen enthalten soll.

Begründung: Die bisher bekannt gewordenen Nebenabsprachen außerhalb des offiziellen Koalitionsvertrags enthalten Maßnahmen der Landesregierung in Höhe von ca. 2,2 Milliarden Euro, die „ohne Haushaltsvorbehalt“ verwirklicht werden sollen und sowohl in das Haushaltsrecht des Parlaments wie in die Finanzplanung der Kommunen eingreifen, ohne dass diese in die Beratung einbezogen wurden.

2. **Der Kreistag fordert** die Landesregierung auf, die Verwendung der hohen Steuermehreinnahmen des Landes in den letzten Jahren aufgrund der konjunkturellen Entwicklung offenzulegen. Allein im ersten Halbjahr 2016 hat das Land 2,7 Mrd. Euro an Steuern (14,7 Prozent plus) mehr eingenommen als im Jahr zuvor, deren Verbleib selbst dem Gemeindetag Baden-Württemberg unklar ist.

Begründung: Die Landesregierung spricht von einem angeblichen „strukturellen Haushaltsdefizits“ von 800 Mio. Euro, mit dem sie ihre geplanten Kürzungen von Landeszuschüssen an die Kommunen und Landkreise rechtfertigen will.

3. **Der Kreistag fordert** in Übereinstimmung mit dem Gemeindetag, dem Städtetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg höhere Landeszuschüsse für dringend benötigten Mietwohnungsbau, Schulsanierungen und die bessere Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern und weist Forderungen der Landesregierung nach Kürzungen bei Kommunen und Landkreisen zurück. Als ersten Schritt tritt der Kreistag dafür ein, dass das Land seine Zusage einhält, auf die Vorewegentnahme von 315 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zu verzichten. Zugleich fordert der Kreistag die Landesregierung auf, einen Plan auszuarbeiten, wie die große Investitionslücke von 27,2 Mrd. Euro allein in Baden-Württemberg mittelfristig abzubauen ist. Außerdem tritt der Kreistag für einen Rettungsschirm für Kommunen ein, der von der Landesregierung finanziell auszustatten ist, damit die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen gewährleistet wird.

Begründung: Die prekäre Finanzsituation erhält ihre Zuspitzung durch den seit Jahren anhaltenden Investitionsrückstau, der aktuell allein in Baden-Württemberg 27,2 Mrd. Euro beträgt. Bundesweit hat die kommunale Investitionslücke nach dem aktuellen KfW-Kommunalpanel trotz sprudelnder Steuereinnahmen seit 2013 sogar um 20 Prozent auf 136 Mrd. Euro zugenommen.

4. **Der Kreistag fordert** die Landesregierung auf, künftig mit dem Gemeindetag und dem Städtetag kooperativ zusammenzuarbeiten und nicht über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen zu treffen, die wesentlich in die Haushalte der Kommunen und der Landkreise eingreifen.

Begründung: Die geheimen Nebenabsprachen der Landesregierung haben in der Öffentlichkeit zu einem massiven Vertrauensverlust in das Vorgehen der neu gewählten Regierung, ihrem Versprechen nach mehr Bürgerbeteiligung und darüber hinaus in die Planungssicherheit für Kommunen und Landkreise geführt, zumal in diesem Jahr wichtige Absprachen zwischen Land und Kommunen auslaufen (u.a. Vierjährige Vereinbarung Land-Kommunen einschließlich Konsolidierungsbeitrag).

Stuttgarter Demo gegen TTIP und CETA

Gut 40.000 Teilnehmer hatte die phantasievolle und bunt gemischte Demonstration in Stuttgart mit zahlreichen Jugendlichen. Bundesweit waren es mehr als 320.000 nach Angaben des breiten Bündnisses aus Umweltorganisationen, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien wie **DIE LINKE**. Die Polizei, deren Rechenkünsten seit den Stuttgart-21-Demos ohnehin niemand mehr glaubt, schaffte es, bis 20.000 zu zählen. Auch aus Rottenburg nahmen zahlreiche Demonstranten teil.



Scharf kritisierte Tobias Pflüger (Partei-vorstand **DIE LINKE**) den grünen Ministerpräsidenten Kretschmann, denn Baden-Württemberg könnte aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat TTIP und CETA zu Fall bringen.

Inzwischen stimmten die österreichische Sozialdemokraten in einer Mitgliederbefragung zu 88 Prozent gegen CETA. Aber Gabriel glaubt immer noch, seine neoliberale Lobbyistenpolitik mit illusionären Versprechungen durchsetzen zu können. Der fertig ausgehandelte Vertrag soll durch „Klarstellungen“ beim Investitions- und Verbraucherschutz gerettet werden. Wer's glaubt! Geglaubt hat es zumindest der hinter verschlossenen Türen tagende Parteikonvent der SPD in Wolfsburg. Offensichtlich hatten die Delegierten weniger die negativen Folgen von CETA im Auge sondern mehr den Wunsch nach einem unbeschadeten Bild des SPD-Vorsitzenden, Wirtschaftsministers und potenziellen Kanzlerkandidaten.

Heike Hänsel (**DIE LINKE**, MdB) betonte, dass diese Handelsabkommen die Notsituation der Länder in Afrika und Asien durch die Konzernmacht noch verschärfen würde. Dies würde die Fluchtursachen der Menschen aus diesen Ländern verstärken. Hänsel wie Pflüger riefen dazu auf, den Widerstand der Straße noch zu verstärken.



Fotos: N. Kern



Das Märchen vom Bürgerkrieg

Es geht um Gas und Gasleitungen

**linksjugend
[solid]** 

Wie konnte es zu so einem schrecklichen Krieg kommen, der jetzt schon Hunderttausende Menschenleben gefordert und Millionen von heimatlosen Flüchtlingen verursacht hat?

Wie konnte es zu so einem schrecklichen Krieg kommen, der jetzt schon Hunderttausende Menschenleben gefordert und Millionen von heimatlosen Flüchtlingen verursacht hat?

Wer denkt, der syrische Bürgerkrieg sei ein klassischer Bürgerkrieg, bei dem sich ein Teil der Bevölkerung gegen den anderen Teil der Bevölkerung wendet, der irrt sich gewaltig. Mit über 1000 Rebellengruppen und rund 80 Ländern, die auf unterschiedlichem Wege in diesem Land um die Herr-



Zitadelle von Aleppo, 2006

schaft kämpfen, kann man keineswegs von einem normalen Bürgerkrieg sprechen, deswegen sind auch die syrischen Friedensverhandlungen so mühsam, da es so viele Konfliktparteien und Allianzen mit unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen des zukünftigen Syriens gibt.

Die Ursachen dieses überaus komplexen Krieges sind überraschenderweise sehr einfach: eine Erdgaspipeline, interreligiöse Hegemoniebestrebungen und eine alte Feindschaft. Im Nahen Osten gibt es zwei lokale Hauptakteure den schiitischen geprägten Iran und das sunnitisch, wahhabitisch geprägte Saudi-Arabien. Zudem kommen ihre zwei ausländischen Unterstützer USA und Russland dazu, die mit ihren Schützlingen den ganzen Nahen Osten dominieren. Diese beiden Gegnergruppen versuchen alles Mögliche, um ihre Vormachtstellung in der islamischen Welt und ihren Einfluss auszubauen

und die andere Seite zu vernichten. Und so kommen wir auch zu der besagten Erdgaspipeline. Das sunnitisch geprägte Katar und der schiitisch geprägte Iran sitzen gemeinsam auf dem größten Erdgasvorkommen der Welt und da

fängt der globale Konflikt schon an, denn im Gasmarkt lässt sich sehr viel Geld verdienen und dieser wird zurzeit von Russland dominiert, der größten und wichtigsten Rohstoffnation der Welt. Doch was würde passieren, wenn eine andere Nation, die der USA sehr nahe steht, in den Gasmarkt einsteigen würde? Es wäre ein vernichtender Schlag für Russland, da der Rohstoffhandel die Haupteinnahmequelle der Russen ist. Und so eine einmalige Gelegenheit Russland dramatisch zu schwächen und die eigene



Vormachtstellung auszubauen, kann sich doch die imperialistische USA nicht entgehen lassen.

Doch bevor dieser Plan umgesetzt werden kann, muss eine Gaspipeline zu den zahlungskräftigen Kunden in Europa gebaut werden und da fängt das Problem schon an, denn diese Gaspipeline müsste auch durch Syrien gehen und da die Assad-Familie traditionell gute Beziehungen mit Russland pflegt, hat Assad die Pläne der Saudis, Amerikaner, Kataris, Türken und der Europä-

er durchkreuzt, indem er die Pläne einer Pipeline von Katar Anfang der zweitausender Jahre aus Rücksicht auf russische Interessen ablehnte.

Sie wundern sich bestimmt, warum ich die Türken und Europäer aufliste. Aber die sind natürlich auch mit dabei. Die Türkei wäre dann das Transitland, durch welches das Gas durchlaufen müsste, um nach Europa zu kommen und da kann man natürlich Abgaben etc. verlangen. Europas Interessen sind andere. Durch so eine Pipeline könnte Europa unabhängiger vom russischen Gas werden und das wäre nicht nur im europäischen Interesse. Gleichzeitig erlaubte Assad eine russische

Gaspipeline vom Iran aus und mit dieser Entscheidung war das Schicksal Syriens besiegelt.



Fotos: N. Kern

Diese Ablehnung wurde Syrien seit 2011 zum Verhängnis. Die Amerikaner, Saudis und Kataris trainierten, finanzierten und unterstützten unsere „moderaten Rebellen“ von heute und begannen Jahre vor Beginn des Bürgerkrieges diese nach Syrien zu bringen, damit sie das Regime stürzen, infolgedessen eine Regierung eingesetzt werden könnte, die dem Bau einer Gaspipeline zustimmen würde.

Das Ergebnis ist eine der größten Flüchtlingsbewegungen aller Zeiten, viele hunderttausend Tote, Millionen von traumatisierten Menschen und ein Land in Trümmern.

Thomas Schumacher
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Kinderarmut steigt an

So geht unsere Zukunft verloren

Anfang September hat die Bertelsmann-Stiftung die neue Studie über Kinderarmut vorgelegt: Trotz hohem Wirtschaftswachstums und sprudelnder Steuereinnahmen ist in den letzten Jahren die Zahl armer Kinder gestiegen, besonders in Westdeutschland: Mehr als 1,9 Mio. Kinder unter 18 Jahren (14,7 Prozent aller Kinder) lebten Ende 2015 in Hartz-IV-Haushalten und erleiden damit massive materielle, soziale, kulturelle und gesundheitliche Nachteile in ihrer Entwicklung.

Kinder „haben oft kein eigenes Zimmer und damit keinen Rückzugsort, ernähren sich ungesünder, Monatstickets im Nahverkehr sind kaum finanzierbar und außerschulische Bildung, Hobbys oder Urlaub ein Luxus“, so die Autoren der Studie, die mit ihrem umfassenden Ansatz 59 Studien aus den letzten 20 Jahren ausgewertet haben. Besonders erschreckend: Mehr als 57 Prozent der Kinder sind länger als drei Jahre arm – Armut wird zu einem Dauerzustand ohne Hoffnung und Perspektive, ihr zu entkommen.

Reflexartig verhalten sich SPD, Grüne und CDU jedes Mal beim Erscheinen einer neuen Studie: Sie stecken den Kopf in den Sand und schließen die Ohren. Dann schicken sie ihre „Spezialisten“ los, die die Zahlen in Zweifel ziehen und alles verharmlosen. So behauptet die Bundesanstalt für Arbeit, bekannt für ihre geschönten Arbeitslosenstatistiken, dass die Zahl armer Kinder gesunken sei. Zynische Begründung ihres Sprechers: „Mit jeder Erhöhung des Regelsatzes (von Hartz IV) holt man sich potenziell neue Kinder in den Leistungsbezug!“ **Also keine Hartz-IV-Erhöhung mehr, dann sinkt die Kinderarmut. Logisch, oder?**

In Baden-Württemberg ist die Zahl armer Kinder bis 18 Jahren 2011-2015 um 7.400 Kinder auf 146.385 Kinder

angestiegen, im Kreis Tübingen sind es 2.343 Kinder (6,3 Prozent). Besonders starke Unterstützung benötigen Kinder im Vorschulalter zwischen drei und sechs Jahren (17 Prozent) und Kinder von Alleinerziehenden (52,4 Prozent) wegen der katastrophalen Niedriglöhne für Frauenarbeit und der schlechten Kita-Situation.

Ulrike Gebelein von Diakonie Deutschland stellt dazu fest: „Weder der Kinderregelsatz noch das Bildungs- und Teilhabepaket sichern ein angemessenes Existenzminimum. Der Kinderregelsatz liegt bei 237 Euro für Kinder bis sechs Jahren. Als Orientierungspunkt zur Berechnung dieses Satzes werden die unteren 20 Prozent der Haushaltseinkommen genommen. (...)“



Außerdem werden alle möglichen Ausgaben mit dem Argument heraufgeholt, sie seien nicht relevant für den Regelsatz, wie die Kosten für Kinderfahrrad und Weihnachtsbaum.“

wie die Kosten für Kinderfahrrad und Weihnachtsbaum.“

Seit Jahren fordern Kinderschutzbund und Wohlfahrtsverbände eine elternunabhängige Kindersicherungsentsprechung der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 und die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz.

Angesichts des demografischen Wandels, so die Diskussion im **Tübinger Kreistag**, darf kein Kind verloren gehen, weil für die Herausforderungen in der Zukunft die bestmögliche Ausbildung und Perspektive der Kinder entscheidend ist. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft schadet allen!

Aber der Koalitionsvertrag von CDU und SPD kennt das Wort

„Kinderarmut“ nicht einmal – vielleicht die Ursache für das völlige Versagen von Andrea Nahles (SPD). Lieber schützt die GroKo unsere skrupellosen Milliardäre mit ihren Briefkastenfirmen in Panama, von so armseligen Gestalten wie Hoeneß und Beckenbauer mal abgesehen.

Der Paritätische tritt ein für 500 Euro pro Kind und die Arbeiterwohllohn fordert

eine gebührenfreie Kita-Betreuung. Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg fordert die Einführung der Vermögenssteuer.



DIE LINKE unterstützt diese Forderungen ebenso wie die Vorschläge der Bertelsmann-Stiftung in „Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder“ (2015) und wird entsprechende Haushaltsanträge für Rottenburg stellen.



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreistag



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Sommerfest



Wieder konnte Dr. Emanuel Peter viele Gäste zum diesjährigen Sommerfest der LINKEN Rottenburg in Biringen begrüßen, so auch seinen Ratskollegen Dr. Christian Hörburger, Bernhard Strasdeit (Mitglied des Landesvorstand der LINKEN und Landesgeschäftsführer) und Gerlinde Strasdeit (Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Gemeinderat Tübingen). Wie auch im letzten Jahr unterhielten griechische Musiker mit Musik aus ihrer Heimat und luden zum Sirtaki ein. Heike Hänsel (MdB) informiert über CETA und TTIP und Milan John stellte die linksjugend [solid] Rottenburg vor. Hans-Jürgen Peter zeigt sich wieder als vorzüglicher Grillmeister und Gerätewart der LINKEN und das Kalte Buffet wartete mit köstlichen Leckereien auf.

Fotos: N. Kern

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 24. September 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 28. September 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 29. Oktober 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 2. November 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe: **Montag, 24. Oktober 2016**

Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und und auf unserer Homepage:

www.die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE. Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

